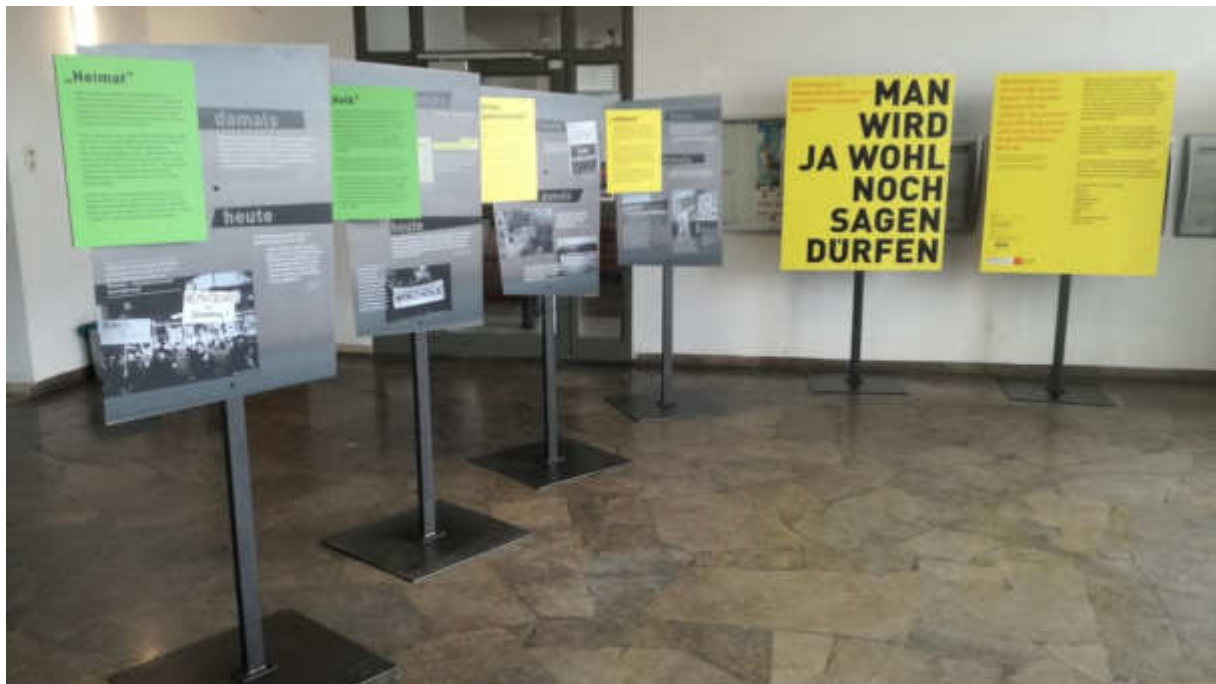


Ausgabe Ulm/Neu-Ulm vom 25. April 2018

INTERNATIONALES: Debatte über Hass-Sprache

HARALD JOHN und TANJA MILLER | 25.4.2018



Die Hass-Sprachen-Ausstellung (Foto: DZOK)

Die jüngsten Diskussionen um gewalttätige Sprache haben Ulms Stadtpolitik aufgeschreckt. Ob häufig gehörte Ausdrücke wie „Volksverräter“ und „Lügenpresse“, ob der Eklat nach der Verleihung der Echo-Preise an zwei Rapper („Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen“) oder ein anonymes Flugblatt der „Gelben Rose“ – Hass-Sprache ist allgegenwärtig.

Auch deshalb hatte Oberbürgermeister Gunter Czisch jetzt das Thema unter der Überschrift „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ auf die Agenda des Internationalen Ausschusses, dem elf internationale Vertreter sowie zwölf Mitglieder des Ulmer Gemeinderats angehören, gesetzt. „Es gab in den letzten Wochen viele Diskussionen um korrekte Sprache in der Stadt“, deshalb gehöre das Thema in die öffentliche Debatte.

Ihm würden, so der OB, immer wieder Bürger begegnen, die vor Angst, in eine falsche Ecke gestellt zu werden, schweigen. Czisch warnt: „Die Sorgen und Nöte sind aber ganz real, wir müssen sie ernst nehmen und wenn es einen Konflikt gibt, ihn auch offen austragen.“ In diesem Zusammenhang verurteilte er ein in der Stadt verteiltes Flugblatt, in dem von „Gesinnungsdiktatur“ die Rede ist: „Anonyme Schreiben gehören in den Papierkorb.“

Vor allem Schüler und Jugendliche stünden im Fokus, denn hier sei die Gefahr am größten, dass Gewalt in der Sprache Schäden anrichte. Vor diesem Hintergrund stellte Nicola Wenge vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg ein aktuelles Projekt vor, das derzeit an Ulmer Schulen zu sehen ist. Die Wanderausstellung, die noch bis morgen im Schubart-Gymnasium Station macht, soll den eklatanten Sprachwandel im politischen Leben, in den Print- und Sozialmedien dokumentieren und zeigen, wie Jugendliche im Internet, aber auch auf Schulhöfen damit konfrontiert werden.

„Das Thema ist brandaktuell und unglaublich wichtig“, sagte Martina Lutz, Rektorin des Schubarts. Manche Populisten würden wieder derartige Ausdrücke benutzen, die sich heimlich in den Sprachgebrauch einschlichen.

Das sei schon einmal sehr gefährlich gewesen, ohne dass die Masse darüber nachgedacht habe. Aus diesem Grund soll die Wanderausstellung laut DZOK-Historikerin Nathalie Geyer sensibilisieren: „Es geht nicht darum, dass es böse Begriffe sind, die nicht gesagt werden dürfen. Die Menschen sollen aber genau hinschauen und sich der mehrfachen Bedeutung bewusst werden.“

Beispielsweise sei das Wort „asozial“ von den Nationalsozialisten dafür verwendet worden, um Menschen wie Bettler oder Suchtkranke auszugrenzen. Denn diese hätten sich nicht in die propagierte „Volksgemeinschaft“ eingefügt. Heute verwendeten vor allem Jugendliche den Begriff. Er bedeute für sie „niveaulos“ sowie „verblödet“. Oder es werden damit Menschen bezeichnet, die keine Rücksicht nähmen.

In der Stadtpolitik stieß die Ausstellung auf große Resonanz. Für die SPD begrüßte Fraktionschefin Dorothee Kühne die Idee, die Dokumentation auch auf andere Gruppen zu erweitern. Bisher habe sich die Stadtpolitik in laufenden Debatten über gewalttätige Sprache, etwa in Magazin-Kolumnen zurückgehalten. „Wir haben Respekt vor der Meinungsfreiheit“, so Kühne. „Aber Meinungsfreiheit kann nur im Rahmen eines schonenden Ausgleichs funktionieren, da darf man nicht den Hammer auspacken.“ Stadtrat Haydar Süslü (SPD) ergänzte: „Sprache kann eine Macht sein. Aber Menschen können durch Sprache auch traumatisiert werden.“

NOCH BIS MORGEN IM SCHUBART-GYMNASIUM

Noch bis zum morgigen Freitag bleibt die Wanderausstellung, die das Ulmer Gestaltungsbüro Braun Engels designt hat, im 2. Obergeschoss des Schubart-Gymnasiums. Jeder ist eingeladen, sie zu besichtigen. Danach wird sie vom 3. bis einschließlich 18. Mai in der Bibliothek des Humboldt-Gymnasiums zu sehen sein. Im Anschluss wird die Ausstellung für drei bis vier Wochen im Hildegard-Gymnasium aufgestellt. Zwei Jahre soll das Projekt laufen, die letzten Stationen sind nach den Informationen der DZOK-Historikerin Nathalie Geyer noch nicht sicher: „Überlegt werden auch andere Bildungseinrichtungen.“ Auch im Internationalen Ausschuss des Ulmer Gemeinderates wurden Überlegungen laut, die Ausstellung nicht nur an Schulen zu zeigen, sondern sie der breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren.